



gehen zu lassen, wurde dieser Weg beschritten. Es sei geradezu unverständlich, wie Gash dazu gekommen sei, einer einzigen Person einen Vorwurf daraus zu machen. Gash habe in dieser Beziehung eine Kombinationsgabe bekundet, die bewundernswert sei. Auch die Beschuldigung, daß Döblin Gash gegen die Sozialdemokratie angehetzt habe, fiel in sich zusammen, denn durch Briefe, die Gash selbst zur Verfügung brachte, wurde bewiesen, daß Döblin stets den Standpunkt vertrat, alle Angriffe auf die Buchdruckerorganisation, mögen sie von rechts oder links kommen, zurückzuweisen. Den Delegierten sei es schwer gefallen, das Jawort zur Bestätigung Gashes zu geben, weil sie der Ueberzeugung waren, daß diese Agitation nicht aus ihm gekommen, sondern daß er geschoben worden sei. Aber im Interesse der Organisation mußte dieser Weg beschritten werden. Im letzten Augenblicke wurde Gash von seinen Freunden und Anseerern im Stiche gelassen. Döblin hatte leichtes Spiel, er konnte eben die Anschuldigungen treffend widerlegen, denn aus der großen Aktmappe des Herrn Gash kamen Briefe und Karten zur Verfügung, welche Döblin vollständig rechtfertigten. Selbst von der auf der Generalversammlung vertretenen Opposition wurde anerkannt, daß Döblin als Führer einer großen Gewerkschaft voll und ganz das Interesse dieser Organisation bei jeder Gelegenheit wahrgenommen habe. Die Opposition auf der Generalversammlung war nicht die Opposition, die in den letzten Wochen in den Spalten uners Organs tobte. War dieselbe auch zu Anfang der Meinung, daß unsere Organisation in das Fahrwasser der Hirsch-Dunderer lege, so mußte sie sich durch den Gang der Verhandlungen überzeugen, daß die Buchdrucker nach wie vor Klassenbewußte Arbeiter sind, die auf ein bestimmtes Ziel hinarbeiten, um die traurige Lage der gesamten Kollegen Deutschlands aufzubessern. Am meisten Staub warf wohl die fünfjährige Gültigkeitsdauer des Tarifs (in Wirklichkeit drei Jahre) auf. Führe man sich aber die letzten Ereignisse auf gewerkschaftlichem Gebiete vor Augen, so werde man erleben, daß sehr viele Streiks unternommen, große Forderungen gestellt, aber nichts erreicht wurde. Daß die dreijährige Gültigkeitsdauer des Tarifs unsere Organisation lahm lege, daran sei keineswegs zu glauben. Gerade während dieser Zeit werde unsere Organisation genug zu thun bekommen. Es gelte nicht nur, dem Tarif überall Geltung zu verschaffen, sondern auch immer mehr Anhänger und Freunde für unsere Ideen zu gewinnen. Auch Kollege Höger aus Wien, der sicher nicht als Hirsch-Dunderianer und Harmoniebusler hingestellt werden könne, behauptete unter großem Beifalle, daß eine Tarifgemeinschaft von großem Werte für beide Teile sei. Die Destrierreicher hätten eine Tarifgemeinschaft mit ihren Prinzipalen vor drei Jahre und die Dänen sogar eine solche auf fünfzehn Jahre bedingungslos abgeschlossen. Redner ging nunmehr auf die einzelnen Punkte näher ein und bemerkte, daß von Seiten der Opposition praktische Vorschläge nicht gemacht wurden. Wundern müsse man sich, daß die Kollegen in Rheinland-Westfalen und Posen Tarifgegner gelandet hätten. Diese Kollegen hätten doch gar nicht richtiger handeln können, als sich auf den Boden des neugefahrenen Tarifs zu stellen, damit ihre Prinzipale endlich gezwungen werden, einen Tarif zu bezahlen. Ferner werde befürchtet, daß insolge der Tarifgemeinschaft die günstige Konjunktur nicht mehr ausgenutzt werden könne, das sei aber thöricht. Redner verwies auf die ausgelegene Rede des Kollegen Reppel, welcher alle einschlägigen Punkte klar und deutlich behandelte. Von seiner (Redners) Seite wurde auch die Gefahr der Seismaschine beleuchtet. Redner meinte, daß in dem Augenblicke, wo uns ein Gesetz über Tarif vorliege, wir auch danach zu arbeiten hätten und auch von dem Prinzipal Anerkennung derselben verlangen könnten. Andernfalls könnte jeder nach Belieben arbeiten und es würde die reine Anarchie hereinbrechen. Also schon aus diesem Grunde halte er eine Tarifvereinbarung für notwendig. Wenn von der Opposition angeführt würde, daß ein Paktieren mit den Kapitalisten unmöglich, weil zwischen Kapital und Arbeit die Gegensätze zu verschieden seien, so meinte er, so lange wir in der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft leben und bei dem Unternehmertum arbeiten müssen, wir auch mit demselben zu paktieren und die Lohnbedingungen gemeinschaftlich festzusetzen haben. Hat doch die Sozialdemokratie bei Besprechung der Arbeiterkühnbestimmungen im Reichstage diese Forderung direkt gestellt und von keiner Seite wurde ein Verbrechen darin erblickt. Daß durch Verkürzung der Arbeitszeit, wenn es sich nicht um ein paar Stunden pro Tag handelt, das Arbeitsloshen auch nur annähernd unterzubringen ist, daran sei nicht zu denken, die Gewerkschaften hätten aber die Pflicht, um das soziale Elend etwas zu lindern, die Karenzzeit zum Besage der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit bedeutend herunterzusetzen und die Unterstützung selbst zu erhöhen. Redner besprach sodann die Maschinenmeisterfrage, kam zu den Kollegen in Städten unter 20000 Einwohnern und schließlich zu der jetzigen Lehrlingsfrage. Auch hier sei in letzter Zeit in den Spalten uners Organs schwer gesündigt worden, indem die Thatsachen direkt auf den Kopf gestellt wurden, denn in Wirklichkeit bedeute die Lehrlingsfrage einen Fortschritt gegen die willkürliche Ausbeutung von Lehrlingen durch die Innungsprinzipale. Nachdem Redner noch die Angelegenheit der Schriftgeher und das graphische Kartell kurz besprochen hatte, kam derselbe in seinen Schlussworten zu der Ansicht, daß eine sachliche und ruhige Opposition innerhalb uners

Verbandes wohl Anerkennung finde, denn es würde doch traurig aussehen, wollte man zu allem nur Ja und Amen sagen. Nur die Opposition, die in letzter Zeit eine so wüste Agitation entfaltet habe, sei niedergedrückt worden. Er schloß mit dem Wunsche, daß, nachdem die Generalversammlung gesprochen habe, sich alles wieder zusammenfinden möge zu gemeinschaftlicher Arbeit für den Verband, und einem Hoch auf den Verband. — Nach einer Pause von 5 Minuten kamen folgende Resolutionen zur Verlesung: 1. Die heute in der Buchdrucker tagende Versammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgeher ist mit der Haltung ihrer Delegierten auf der Generalversammlung und mit den dorthin selbst gefassten Beschlüssen nicht zufrieden. Um jedoch keinen Zwiespalt in die Reihen der Kollegenschaft hineinzutragen, nimmt sie dieselben als gegebene Thatsache hin; verpflichtet sich jedoch, dahin zu wirken, daß in Zukunft die tariflichen Abmachungen von Organisation zu Organisation, also Verband einer- und D. B. V. andererseits, erfolgen und von jeglicher Kündigungserkündigung des Tarifs Abstand genommen wird. C. Teufert. 2. Die heutige Vereinsversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker die Tarifgemeinschaft mit dem gesamten Anhangsel, als Schiedsgerichte und Tarifamt, sanktioniert hat, da namentlich die letzten Institutionen nicht im Interesse des Verbandes sein können. Gleichwohl stellt sich die Versammlung auf den Boden der gegebenen Thatsachen, und wird es nun Sache der Gewerkschaft sein, aus dem bestehenden Tarife das Beste für sich herauszuschlagen und mit aller Kraft dahin zu wirken, halbmöglichst die neunstündige Arbeitszeit für die gesamte Kollegenschaft Deutschlands zu erringen. Salomon. 3. Die heutige Vereinsversammlung stellt sich auf den Boden der durch die Generalversammlung zu Halle geschaffenen Verhältnisse und fordert sämtliche Kollegen auf, durch gemeinschaftliches Wirken dahin zu streben, etwaige durch die Tariforganisation sich ergebende Schäden zum Besten der Allgemeinheit wie des Verbandes im besonderen zu gestalten. Reichmann. In der Diskussion tadelte Kollege Teufert das Verhalten des Gauvorstandes in Sachen der Einberufung der Versammlung zwecks Berichtserstattung resp. die Vertagung derselben. Mit dem Resultate der Verhandlungen sei er nicht zufrieden, denn während der sechs Tage sei in Halle nur leeres Stroh gesprochen und lediglich die persönliche Angelegenheit Döblin-Gash behandelt worden. Er ist der Meinung, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht wurden und auch bethe zu beiseitigen waren, beide Teile hätten dann Gelegenheit gehabt, ihre persönlichen Angelegenheiten zu erledigen. Redner besprach dann die einzelnen Punkte des Tarifs, häufig durch Schlussrufe unterbrochen. Die Resolution Schriftgeher-Stuttgart hielt er für die richtige, wenn darin entfallen wäre, daß die §§ 39 bis 53 befristet werden sollen. Redner meinte, daß die ganzen Streitigkeiten den Beweis lieferten, daß unsere Führer noch der Führung bedürfen. Krendsee hoffte, daß er mit derselben Ruhe angehöret werde wie der Kollege Massini. Die Generalversammlung sei einberufen worden, um in der Angelegenheit Gash-Döblin Klarheit zu schaffen und um die Gründe zu hören, welche die Opposition zu ihrer Stellungnahme gegen die Tarifgemeinschaft lieferten. Die Opposition sei nicht mit Gash entfallen, sondern bestand schon lange und wurde nur durch Zuschriften an Gash in das Gewerkschaftsorgan getragen. Er halte eine Tarifgemeinschaft für ein Uebel, welches nicht so leicht zu beseitigen sein werde. In der ganzen Angelegenheit sei den Mitgliedern nicht die volle Wahrheit mitgeteilt worden, trotzdem die sühnenden Personen von den Thatsachen genau unterrichtet waren. Er habe auf der Generalversammlung gegen Gash gestimmt, konnte aber nicht für Döblin stimmen, weil derselbe seiner Ansicht nach nicht genügend die Interessen der Gehilfen wahrnehme. Er mache allen Tarifgemeinschaftsgegnern den Vorschlag, sich zusammen zu thun und eine Kommission zu wählen, die den Schaden, welche durch die Tarifgemeinschaft entstehen, entgegenzuarbeiten habe. Als Schlussrufe laut wurden, daß dazu der Vorstand da wäre, machte Redner die Bemerkung, daß er denselben nicht für geeignet hierzu halte, indem er (der Vorstand) sich zu leicht hierüber hinwegsetze. Giesecke hielt sämtliche Resolutionen für wert- und zwecklos, da die Generalversammlung sich für die Tarifgemeinschaft ausgesprochen habe. Wir müßten uns nunmehr zusammenfinden und dafür Sorge tragen, daß der Tarif zur Durchführung gelange. Das Fallentlassen der Tarifgemeinschaft im Jahr 1891 geschah aus ganz anderen Gründen als den angeführten. Er habe es nicht auf sich nehmen können, die Verhandlungen abzubrechen und die Kollegen im Sommer in den Streik zu führen. Er eruche nur noch, nachdem die Generalversammlung gesprochen, die Anerkennung des Tarifs zu vollziehen und die Unterschriften an ihn zu senden, damit eine Kontrolle geführt werden könne, wieviel Gehilfen den neuen Tarif bezahlet erhalten. Ueber die Resolutionen eruche er zur Tagesordnung überzugehen und daran festzuhalten, was die Generalversammlung beschlossen. Stöbel hatte den Ausführungen Massinis wenig hinzuzufügen. Nur meinte er, daß die Verhandlungen der Generalversammlung von größeren Gesichtspunkten betrachtet werden müßten, als wie sie von Krendsee und Teufert hingestellt wurden. Bevor die Generalversammlung zu diesem Beschlusse kam, wurde alles sehr wohl geprüft und erwogen. Nachdem nun die Generalversammlung gesprochen, halte er es auch für das Richtige, wenn die Versammlung über die

Resolutionen zur Tagesordnung übergehe. Nach Annahme eines Schlußantrages erglitt Massini das Schlußwort: Derselbe hat seinen ersten Ausführungen nichts hinzuzufügen. Den Vorwurf des Kollegen Teufert, die Versammlung sei zu spät einberufen, müsse er entschieden zurückweisen, denn wenn die Verhandlungen bis Sonnabendnachmittag dauern, könne unmöglich verlangt werden, am Sonntage darauf zu referieren. Da nun seitens des Vorstandes ein Sonntag am prattifizieren gehalten wurde, so erfolgte die Berichterstattung acht Tage später. Dann wandte er sich gegen Krendsee und warnte vor derartigen Schritten, wie sie in der Vorlesung gebracht. Der Berliner Vorstand werde diesen Gelassen entgegengetreten, denn man wolle Leipziger Zustände nicht Platz greifen lassen. Eine Ueberwachungskommission brauche der Vorstand nicht. In einer persönlichen Bemerkung erklärte Krendsee, daß seine Äußerung nicht im Sinne Massinis zu verstehen sei; er wolle die in Vorlesung gebrachte Kommission nur als Sammelboden für Beschwerden von solchen Kollegen betrachten, die nicht den Mut finden, diese Beschwerden in Versammlungen vorzubringen. Das gesammelte Material solle dem Vorstand unterbreitet werden. (Zwischenruf: Kann direkt an den Vorstand Mitteilung gemacht werden.) Mit großer Mehrheit gelangte hierauf folgender vom Kollegen Strauß gestellter Antrag zur Annahme: Beantworte, weil wir uns auf den Boden der in Halle gefassten Beschlüsse stellen und von diesem Boden aus weiter arbeiten können, über sämtliche vorgelegenen Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen.

s. Grefeld. Der Ortsverein feierte sein diesjähriges Johannistfest am 26. Juli durch einen Ausflug mit Damen per Rheindampfer nach Wittlaer. Herrliches Wetter begünstigte diesmal das Unternehmen und so war denn auch bald die animirteste Stimmung vorhanden. Ader, Tanz und Deklamationen wechselten einander ab. Quadräteln für Herren und Damen fehlte natürlich auch nicht. Drei Düsseldorfser Kollegen überraschten uns mit ihrem Besuch und halfen mit zur Verherrlichung uners Altmeisters Gutenberg beitragen.

y. Hensburg. In der am 25. Juli abgehaltenen Monatsversammlung erstattete Kollege Heilmann in einem einständigen Vortrage Bericht über die außerordentliche Generalversammlung. Die vollständig erschienenen Mitglieder folgten den interessanten Ausführungen mit sichtlichem Interesse. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Kollegen Weinitz wurde dem Referenten durch Erheben von den Plätzen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Die Diskussion über den Bericht wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. — Nach Erledigung der Tagesordnung fand die von der Mitgliedschaft Hensburg einstimmig beschlossene Feler des fünfundsanzwanzigjährigen Verbandsjubiläum uners langjährigen Gau- und Ortsvorsichters J. Chr. Heilmann statt, welche einen Beweis ablegte für die allgemeine Achtung und Verehrung derselben im ganzen Gau. Kollege Wilsch. Schwand leitete die Festlichkeit durch eine Ansprache ein, betonend, daß wir Hensburger ja eigentlich keine Freunde von fünfundsanzwanzigjährigen Jubiläen seien, wären doch vor einigen Jahren bereits drei derselben spurlos an uns vorübergegangen. Heute müßten wir jedoch eine Ausnahme machen, hätte Heilmann doch von den 25 Verbandsjahren über 20 Jahre ununterbrochen als Gauvorsichtiger im Dienste der Organisation gearbeitet und sei es in erster Linie sein Verdienst, den Gau auf den jetzigen Mitgliederstand gebracht zu haben. Durch die schwere Erkrankung des Jubilars und durch die Abhaltung der Generalversammlung habe die Feier um 14 Tage verschoben werden müssen. Redner schloß mit dem Wunsche, daß es dem Jubilare noch lange vergönnt sein möge, im Dienste der Organisation zu wirken. Kollege Weinitz überreichte hierauf im Namen der Mitgliedschaft ein sinniges Geschenk. — Die Mitgliedschaft Kiel ließ durch den Vorsitzenden Kollegen Wösch ein hübsch ausgestattetes Diplom überreichen. In der Ansprache hob derselbe in anerkennenden Worten die Verdienste des Jubilars um den Gau hervor. Hierauf wechselten Rede und Gegenrede und ein fideles Kommerz hielt die Anwesenden bis zur frühen Morgenstunde zusammen. Glückwunsch-Telegramme ließen ein aus Bergedorf, Schleswig, Kiel, Plön, Eutin, Tzeboe, Hensburg, Eckernförde, Elmshorn, Sonderburg und Heide.

Kropp (Schleswig), 27. Juli. Die in Nr. 86 des Corr. von Herrn Pastor Naussen abgegebene Erklärung über den Sechsfest muß ich, weil mit daran befestigt, widerlegen. 1. Es ist unwar, daß die Sezer dasselbe Essen erhalten wie die Kandidaten der Theologie. Derselben erhalten morgens drei Butterfemmel, während die Sezer zwei trodrene Semmeln erhalten. Das Frühstück besteht für die Kandidaten in belegtem Butterbrot mit Milch für die Sezer in einem Schnitt Schwarzbrot mit Margarine beschnitten. Mittags erhalten die Kandidaten wohl dasselbe Essen, nur ausgeschütete Portionen Fleisch usw., nachmittags bekommen sie teilweise Weißbrot, die Sezer Schwarzbrot. 2. Mit dem Gesangbuche, woran Liebe die Schuld haben soll, daß es unverkäuflich wurde, verhält es sich so: Th. hatte es gekauft und auch Korrektur gelesen. Den Fehler teilte Th. dem Pastor P. mit, worauf dieser erklärte, es sei wohl eine fatale Sache, gab aber in lebenswüthiger Weise Th. den Rat, die richtigen Nummern einfach aufkleben zu lassen. Dies geschieht, das Buch wird fertig gestellt und einige Exemplare sind bereits verkauft. Man wird doch Anstoß daran genommen, da das Buch nicht den erwarteten Absatz gefunden. Das Buch ist demnach mit P. 8. Zu-

Entscheidung fertiggestellt worden, auch erhielt er von jedem Bogen vor dem Druck einen Korrekturbogen. Die Schuld ist somit eine geteilte. Daß die Verschuldigung von Seiten Th. S., die vor mehr als einem Jahre gegeben, jetzt zu seiner sofortigen Entlassung beigetragen haben soll, das glaubt wohl Herr P. selbst nicht. 3. Was Pastor P. als dritten Belastungsgrund ansührt, darüber habe ich ihm brieflich meine Meinung mitgeteilt. Uebrigens ist das Vergehen vor zwei Jahren gegeben, kann also auch nicht als Grund zur sofortigen Entlassung verwertet werden. — Die Ursache des Konfliktes war folgende: Es gab an einem Sonnabendabend, wie jeder oft, angebrannte Suppe. Die Wirtschafterin zeigte sich diesmal ausnahmsweise sehr freundlich, bedauerte aber, uns nichts anderes geben zu können. Daraus ließen wir einfach die Suppe stehen, entfernten uns und veräumelten so die sich an das Essen anschließende Andacht. Hieron setzte ein Kandidat den Pastor P. in Kenntnis und dieser nannte unsere Handlungsweise in Erregtheit eine Flegel und Schlingel und kündigte Th. Dies hielten wir für ungerecht und kündigt unsferfets. Am Montagmorgen ließ P. durch den Geschäftsführer Th. sagen, er solle sofort gehen, um 11 Uhr vormittags wieder, er solle um 1 Uhr die Anstalt verlassen. Wie Th. sich dann sein Zeugnis holte, stellte P. ihm frei, event. noch vierzehn Tage zu bleiben, um dann mit uns allen zu gehen. Dies lehnte Th. ab. — Was die Behandlung seitens des Herrn P. betrifft, so hat dieser den Lehrlingen gegenüber, wenn solche nach Manuskript kamen, von „verrückten Seegern“, einmal sogar von „insamem Segevolke“ gesprochen, wofür letzteres der eine Lehrling fest behauptet, P. aber bestreitet. Die neu engagierten Seeger gingen auch wieder gleich fort, so daß das eine Blatt Die Wochenchau nur in halbem Formate zur Ausgabe gelangte. Herr Pastor Paulsen, der über mich speziell wohlmeinende Äußerungen sonst gethan, muß ich aber offen erklären, daß er seiner Anstalt „Eben Eger“ durch sein Vorgehen wahrlich keine Ehre gemacht hat und ich möchte ihm zu bedenken geben: „Wenn das geschieht am grünen Holze, was will am bürren werden!“ F. Bröder, Schriftseher, z. B. in Stavenhagen i. M. — Vorstehendes wird von einem andern Seeger, z. B. in Burgdorf i. S., der bereits zweimal bei Herrn P. in Krüpp gestanden, allenthalben bestätigt. Red.

**Wattig.** Am 27. Juli fand hier eine Bezirksversammlung statt, in welcher unser Gauvorsteher, Kollege Pfl. Haas, über die außerordentliche Generalversammlung referierte. Der Referent gab ein Bild der letzten Tarifbewegung. Er sei mit der Schreibweise gewiß stets einverstanden gewesen, der Ton des Corr. mußte ihn an. Wenn Gash, der von der gesamten Gehilfenschaft getragen wurde, im weiteren Verlaufe der Tarifbewegung einen so gefährlichen Standpunkt einnahm, so war dies unverständlich und verwerflich, er mußte den Posten verlassen, ebenso wie Döblin hätte fallen müssen, wenn G. seine Anschuldigungen hätte beweisen können. Aber G. konnte keinen Schaiten eines Beweises beibringen, seine Beschuldigungen waren leichtsinntig und irrtölicher Art. Bei jedem Beweisversuche stieg Döblin in der Wut der Delegierten. Ein solcher Mann wie G. durfte nicht länger einen so hervorragenden Posten bekleiden. Niemand konnte ihm bei seinem G. das Mitleid versagen, aber niemand hatte den Mut, gegen seine Absetzung zu sprechen. Die Tarifgemeinschaft siegte wider Erwarten mit Zweidrittel-Mehrheit, weil viele Delegierte, die gegen dieselbe gewählt wurden, sich auf der Generalversammlung von dem Werte derselben überzeugen ließen. Referent sei kein Anhänger der Einzelheiten des Tarifs, doch wenn man die materiellen Vorteile genießen wolle, dürfe man auch die übrigen Bestimmungen nicht ablehnen. Bei Ablehnung des Tarifs wären massenhafte Maßregelungen erfolgt und unsere Kassen wären im Handumdrehen geleert worden. So sei das Verhältnis der Abbitmung begünstigt. In größeren Städten bestehen jetzt noch Schelbungen für und gegen die Tarifgemeinschaft. So dürfe es nicht weiter gehen; die Opposition müsse sich unterordnen. Man möge sich nicht gegenseitig gerissen und bedenken, daß unsere Organisation aber allem stehe. Habe sich in drei Jahren die Tarifgemeinschaft nicht bewährt, so werde man etwas Besseres an deren Stelle setzen. An diesem mit Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine längere Debatte, welche die folgende Resolution des Kollegen Bente zeitigte: „Die heute am 27. Juli in Mainz tagende Bezirksversammlung ordnet sich den Mehrheitsbeschlüssen der Generalversammlung unter und verpflichtet sich, mit allen Kräften für die Einführung des neuen Tarifs einzutreten.“ Diese Resolution wurde von der Versammlung angenommen.

**Mühlhausen.** Die Bewegung am hiesigen Ort im Anfange dieses Jahres hat nun doch ihre Früchte getragen. Seit Montag den 20. Juli hat die Firma Weide Wader & Co. die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, allerdings unter Wegfall der Frühstücks- und Vesperpausen usw. Es ist dies die dritte Firma am Platze, die die Arbeitszeit verringert hat. Hoffen wir, daß die Buchdruckeri Brinkmann, eine der größten hier, diesen Beispielen bald folgt. — Am 13. Juli ertrank bei Hünningen während des Badens im Rhein der Maschinenmehler Franz Kaufmann, geboren am 9. Dezember 1874 in Wien. Derselbe hatte tags vorher das Bluthum in Basel bezogen und war mit vier Kollegen auf dem Wege nach Mühlhausen begriffen, als sie beschlossen, sich im Vater Rhein abzukühlen. Kaufmann, welcher sich zu

weit vom Ufer wagte, wurde vom Strome mitgerissen, ohne daß ihm seine Kameraden Hilfe leisten konnten. Seine Leiche soll bis jetzt noch nicht gefunden worden sein.

**Norderney.** 28. Juli. In Nr. 77 des Corr. erschien ein von Herrn Ritus in Emben geschriebener Artikel, den er „im Namen der ostfriesischen Kollegen“ glaubte verbreiten zu müssen. In der Nr. 82 wird Herr Ritus bestraft, daß er nicht das Recht hat, im Namen sämtlicher ostfriesischen Kollegen zu reden, sondern daß die vier hier stehenden Mitglieder anderer Meinung sind. Am Schlusse des Artikels wird dann die Thätigkeit des Herrn Ritus als Reiseschreiber einer Kritik unterzogen, speziell Herrn Ritus vorgeworfen, daß er die Reisenden nicht so behandle wie es sich eigentlich gebühre. Dieser letzte Satz nun gibt Herrn Ritus Veranlassung, in einer sehr gehässigen, gemeinen Weise über meine Person herzufallen, die schon nicht mehr schön ist. Ohne daß Herr Ritus weiß, von wem der Artikel herrührt, schiebt er mir denselben zu, nur um seiner Lust, „alle Kamellen“ aufzuwärmen, zu genügen. Zunächst muß ich erwähnen, daß ich dem betreffenden Artikelschreiber anriet, den fraglichen Satz fallen zu lassen, da man nach einer Behauptung auch Beweise bringen müsse, dieser mir aber erklärte, daß auf sämtlichen Verlehen, die er berichtet habe, über die Zustelle Emben bezw. deren Reiseschreiber Klage geführt werde und er deshalb die Behauptung aufrecht halte. Daß der Satz also stehen blieb, ist nicht meine Schuld. Empörend ist es, wie der Herr Ritus über die Zugehörigkeit Norderneys zum Bezirk Ostfriesland sich wegwerfend äußert. Ist der Bezirk wirklich so stark, daß er auf einmal fünf Mitglieder entbehren kann? Wir treten gern ab, aber vorläufig haben vier bezw. fünf Mitglieder ebensoviele das Recht, im Namen der ostfriesischen Kollegen zu reden, als zwei oder drei anderwärts. Daß ich es „immer noch nicht verwinden kann“, daß Herr Ritus mir seinerzeit eine ungerechte, weil reglementwidrige Forderung nicht bewilligen wollte, ist einfach unwar. Die Sache lag nämlich so, daß Herr Ritus einem andern Kollegen, der hier mit mir konditionierte, sein Buch nicht auf 13. Wochen ausstellen wollte, trotzdem Statut, Gauvorstand in Bremen, Korrespondentleitung und Hauptvorstand in Berlin zu Gunsten des Kollegen entschieden hatten. Das Buch wurde dann dem betreffenden Kollegen etwa acht Wochen später durch meine Bemühungen nachgekauft, ausgestellt vom Kassierer in Bremen. Den Verlust, welchen der Kollege an Tagelohnern gehabt hatte, hat Herr Ritus, der doch Schuld an der Verzögerung war, nicht bezahlt. Da Herr Ritus mir sonst nichts weiter vorwerfen kann, wird er persönlich und kritisiert meine hiesige Thätigkeit. Einerseits ist es mir nun ja sehr gleichgültig, was zu den Ohren des Herrn Ritus gedrungen ist, andererseits kann ich Herrn Ritus aber mitteilen, daß einzelne Kollegen drei oder vier Saisons mit mir arbeiteten und erst dann wegdritten, als sie dauernde Kondition fanden. Mit mehreren Kollegen, die hier konditionierten, siehe ich noch heute in regem Briefwechsel. Herr Ritus behauptet, daß er jedem Kollegen frei ins Auge sehen dürfe — wofür kam es denn wohl, daß in der Jubiläumnummer des Correspondenten Norderney vergessen, Wortum aber erwähnt war; woher kam es, daß 1892 in der Bewegung Norderney vergessen wurde, während sämtliche anderen ostfriesischen Orte im Correspondenten erwähnt wurden, daß sie sich eine Extrastreife auferlegt hätten. Der Unterzeichnete schickte deshalb seinen Beitrag direkt nach Berlin. — Wenn dies alles nur Vergeßlichkeit und der letzte Artikel des Herrn Ritus nur ein Versehen war, dann — ja dann kann Herr Ritus mir wenigstens frei ins Gesicht sehen. Nicht wenige Verbandsmitglieder haben hier bislang konditioniert, ich glaube aber, daß ich jedem frei gegenüber treten darf, ich habe stets das Recht meiner Kollegen wahrzunehmen. Zudem ist nochmals erklär, daß ich zu dem fraglichen Artikel von hier in keinerlei Verbindung stand, wie mir die hier konditionierenden Kollegen beglaubigen werden. Bitte ich Herrn Ritus freundlichst, sich ein andres Mal vorher zu informieren und dann, keine bewapnen Unwahrheiten und Lügen zu berichten. H. Heilmann.

**r. Wandbeck.** Am 27. Juli reichten die in der Druckeri von Herr Hirt stehenden Verbandsmitglieder sämtlich die Kündigung ein. Der Grund hierzu war folgender: Vor fünf Wochen stellte Herr Hirt unter der Marke „Anleger“ einen Seger aus Salzwedel für 16 Wk. ein. Derselbe wird aber nun schon die ganzen fünf Wochen am Kasten beschäftigt und noch nicht ein einziger Bogen ist durch seine Hand angelegt worden. Am 25. Juli wurde nun wegen Arbeitsmangels ein Verbandsmitglied entlassen und ein anderer Verbandskollege gekündigt, während der jogenannte Anleger ruhig am Kasten stehen blieb. Hiermit waren wir nicht einverstanden und verlangten als recht und billig, daß der zuletzt und sogar nur als „Anleger“ angestellte Seger vom Kasten entfernt werden müsse unter der Androhung der Arbeitsüberlegung, denn wer garantierte uns dafür, daß Herr Hirt, dessen „Arbeiterfreundlichkeit“ ja genügend bekannt, für die übrigen Verbandsmitglieder sich mit der Zeit nicht gleichfalls billige Arbeitskräfte verschaffen würde, zumal ihm schon die Einführung des Neunstundentages bitter gereut? Als Antwort auf unser Verlangen wurde uns mitgeteilt, daß es ihm (Herrn Hirt) ganz recht sei, wenn die Verbandsmitglieder aufhörten. Im übrigen fand es derlei noch für angebracht, uns zu versichern, daß er nie und nimmer den neuen Tarif, wonach Wandbeck den Hamburger Lokalzuschlag bekommt, bezahlen werde.

Da Herr Hirt jetzt eifrig auf der Suche nach Ersatz ist, so wollen wir noch bemerken, daß er nur noch solche Leute beschäftigen will, welche dem Verbande nicht angehören. Am 28. Juli stellte er sogar die Forderung an ein durchreisendes Mitglied, aus dem Verband auszutreten, dann könne es dauernde Kondition bekommen. Er hatte aber wenig Glück und da auch noch einige andere Kollegen, welche brieflich Bescheid erhalten hatten, daß sie dauernde Kondition erhalten könnten, ihm den Besellen nicht gehen haben, die „gute und bequeme Kunst“ anzunehmen, so setzt er seine Hoffnung auf die Lehrlinge, die durch Ueberstunden vorläufig die Scharte auszuweisen sollen. — Gleichzeitig sei hier noch an die Kollegen in Salzwedel die offene Anfrage gerichtet, ob es wahr ist, daß dort in der Hoffmannschen Buchdruckeri Verbandsmitglieder für 14 und 15 Wk. stehen, wie ein Nichtmitglied, das von Salzwedel nach hier kam, behauptet? Kein Wunder, wenn Nichtmitglieder, die in solchem Kunsttempel standen, wo Verbandsmitglieder für solchen Hungerlohn stehen, die Löhne immer mehr drücken!

**Wiesbaden.** In der am 22. Juli abgehaltenen Versammlung erstattete der Gauvorsteher, Kollege Pfl. Haas, Bericht über die Generalversammlung in Halle, und zwar in sehr sachlicher Weise. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in welcher von verschiedenen Rednern Kritik an den Beschlüssen der Generalversammlung geübt wurde, wurde folgende Resolution mit Mehrheit angenommen: „Die Bezirksversammlung nahm mit großem Interesse die Ausführungen seitens des Referenten entgegen und erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden.“

### Kundschau.

**Buchdruckeri und Verwandtes.**

Die Zeitschrift Nr. 34 enthält neben vier Seiten Inseraten und einer Seite Bekanntmachungen auch drei Seiten Text, von welchem etwa die Hälfte der „Verbands-Generalversammlung“ gewidmet ist. Ueber die vollzogene Exekution des Corr.-Redakteurs brüht die Zeitschrift wiederholt „ganz unterhohlen ihre Freude“ aus und zwar, wie sie auch aus dem Gange der Verhandlungen auf der Generalversammlung schließen zu können glaubt, weil bei den Gehilfen sich die Ueberzeugung durchgerungen, „daß Prinzipale und Gehilfen aufeinander angewiesen sind, daß es unzulässig sei, sich jemand fortgesetzt feindselig gegenüber zu stellen, bei dem man doch Lohn und Brot finden müsse, und daß durch gegenseitige Verständigung und gemeinsame Thätigkeit mehr erreicht werden könne als durch fortgesetzte Bedrohung.“ Wenn die Generalversammlung in Halle diesen letzten Satz anerkannte, so geschah dies doch wohl nur bedingungsweise. Jedenfalls hat man damit nicht sagen wollen, daß die Gehilfen alles was von den Prinzipalen kommt unbedenken als für sie maßgebend zu den Akten nehmen, was schon daraus hervorgeht, daß ausdrücklich gewünscht wurde, in der Tendenz des Corr. keine Veränderung eintreten zu lassen. Der Schluß des Artikels ist auch gar nicht dazu angethan, der „gegenseitigen Verständigung“ und der „gemeinsamen Thätigkeit“ die Wege zu ebnen. Da heißt es z. B., daß die Generalversammlung „an dem einmal geschaffenen Status auf dem Tarifgebiete“ nichts mehr hätte ändern können, sie habe nur sozusagen ihren Segen zu den „unabänderlichen“ Umänderungen zu geben gehabt. Ferner wird der Beschlusse, daß der Verband in drei Jahren die Ergebnisse der Tarifgemeinschaft prüfen und eventuell die Kündigung des Tarifs beschließen will, getadelt, da derselbe eine praktische Folge doch nicht haben könne. Das sei Sache der vorgesehenen tariflichen Organe und wenn es sich dabei herausstelle, daß es nach Ablauf dieser Zeit doch nicht gelungen sei, den Tarif allgemein durchzuführen, so werde auch eine Kündigung an diesem Zustande nichts ändern, denn an die Möglichkeit, den „tarifstreuen“ Prinzipalen einen höhern Tarif aufzuzwingen, sei also für ihre Tarifstreue besonders zu betonen, werde wohl niemand ernstlich denken. Schließlich wird die Prinzipalität aufgefordert, sich immer fester zusammenzuschließen, denn den Gehilfen sei doch nicht recht zu trauen, der itatenlustige Teil werde eifrig an seiner Arbeit bleiben und „bei den Wandlungen, denen die Menschen allzumal fähig sind“, wird es nur eine Frage der Zeit sein, wie lange der jetzt herbeigeführte Zustand aufrecht erhalten werden kann. Von diesem Standpunkte sind die Kartellierung sämtlicher im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter sowie die angeknüpften Beziehungen zu der hiesigen Gehilfenschaft dem Letztartigen schon verdächtig. — Wir erwarten, daß man im Prinzipal-lager den Nachen der Zeitschrift zu Gemüte führt, daß derartige Artikel nicht geeignet sind, den gewünschten Frieden im Gewerbe herbeizuführen, vielmehr nur aufreizend wirken. Und dabei erdreslet man sich noch, den Inhalt des Corr. einer abfälligen Kritik zu unterziehen.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Schiedsgericht der Berliner Buchdruckeri mit folgenden Klagenfällen: Der Seeger H. H. klagt gegen den Buchdruckerbesitzer Gustav Meyer wegen einer Forderung von 4 Wk. in Folge ungenügender Beschäftigung und zu häufigen Wechselns der Kassen, ohne daß in dem Tarife vorgesehene Quantum aus denselben gesetzt zu haben. Die Einwendungen des Beklagten, daß Kläger nur zur Ausschilfe engagiert und der Kassenwechsel nicht so zett-raubend und so oft wie angegeben gewesen sei, wurden auf Grund des Tarifs zurückgewiesen und dem Beklagten

